



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 57; Juni 2007

Liebe Leserin, lieber Leser,

während in NRW die Sommerferien begannen, befasste sich das Europäische Parlament in seiner Juni-Plenartagung in Strassburg mit so unterschiedlichen Themen wie z.B. der neuen Spirituosen-Verordnung, einem Handelsverbot für Katzen- und Hundefelle, Mindeststandards für Zusatzrentenansprüche, der Ausweitung der Euro-Zone, der Situation im Nahen Osten sowie einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik.

Wodka-Streit

Die Vorschriften der EU zur Herstellung und Bezeichnung von Spirituosen müssen überarbeitet werden. Mit der nun in Erster Lesung verabschiedeten neuen EU-Spirituosenverordnung wird das geltende EU-Recht bezüglich Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung, Etikettierung und Schutz bestimmter Spirituosensorten aktualisiert: Neue technische Entwicklungen und Regelungen der Welthandels-Organisation (WHO) erfordern diese Anpassung. Wir erreichten, dass die Qualitäten der Produkte in Zukunft wesentlich verbessert und insbesondere gesundheits-schädliche Bestandteile vermieden werden müssen. Hauptstreitpunkt in der Diskussion um die neue EU-Spirituosengesetzgebung war die Etikettierung von Wodka. Hersteller in Polen und den baltischen Staaten

produzieren Wodka aus Getreide oder Kartoffeln und verlangten, dass zukünftig nur ihr Wodka als solcher verkauft werden dürfe. Produzenten in anderen Mitgliedstaaten, die zur Wodkatherstellung Zuckerrüben oder andere landwirtschaftliche Erzeugnisse als Alkoholbasis nutzen, was geschmacklich keinerlei Unterschied macht, hätten das Nachsehen gehabt. Nach einem monatelangen "Wodkastreit" beschlossen wir nun, dass man bei Wodka, der nicht aus Kartoffeln und Getreide hergestellt ist, den Ausgangsstoff angeben muss, so z.B. "Wodka, hergestellt aus Trauben". Damit wird einerseits die traditionelle Herstellung aus Kartoffeln und Getreide gewürdigt, andererseits werden aber auch marktwirtschaftliche Grundsätze berücksichtigt.

Verbot des Handels mit Katzen- und Hundefellen

Seit Jahrzehnten werden Katzen- und Hundefelle unter irreführenden Bezeichnungen (z.B. "Gaewolf") in der Bekleidungsindustrie verwendet. Dies ist ethisch nicht vertretbar, denn die Tiere, die vornehmlich in Asien gehalten werden, erleiden während ihres kurzen Lebens ein unsägliches Martyrium, werden schließlich erschlagen oder stranguliert und oft noch bei lebendigem Leibe und bei Bewusstsein gehäutet. Der europäische Verbraucher will das natürlich nicht, hat aber normalerweise keine Ahnung, dass z.B. der Pelzbesatz an seiner

Anorakkapuze oder auf seinem Mantelkragen aus Hunde- oder Katzenfell besteht. Um diesen Etikettenschwindel in Zukunft zu verhindern, haben wir eine Verordnung auf den Weg gebracht, die das Inverkehrbringen sowie die Ein- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen bzw. von Produkten, die solche Felle enthalten, ab dem 31. Dezember 2008 verbietet. Dies ist eine übliche Übergangsfrist, die wir nicht verkürzen konnten.

Bis dahin: Augen auf beim Kleiderkauf!

Mitnahme von Betriebsrenten

In erster Lesung änderten wir einen Kommissionsvorschlag zur "Portabilität von Zusatzrentenansprüchen": Der europäische Arbeitnehmer muss die Möglichkeit haben, beim Arbeitgeberwechsel ins EU-Ausland seine Betriebsrente "mitzunehmen". Betriebsrenten sind gerade in Deutschland von großer Bedeutung, um Mitarbeiter an das Unternehmen zu binden.

Euro für Malta und Zypern

Ohne jegliche Vorberatung schlug die Europäische Kommission im Mai vor, dass Malta und Zypern zum 1. Januar 2008 der Euro-Zone beitreten sollen. Eigentlich hätte das Europäische Parlament vorher seine Stellungnahme hierzu abgeben müssen. Wir befürworteten nun die Einführung des Euro in Malta und Zypern, forderten jedoch die Kommission auf, das Europäische Parlament in Zukunft bei vergleichbaren Vorgängen eher zu konsultieren. Zudem pochen wir darauf, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes strikt eingehalten werden müssen!

Nahost-Krise

In einer Entschließung zur Situation im Nahen Osten ging es natürlich um die politische Lage in den Palästinensergebieten sowie um die Hilfszahlungen der Europäischen Union. Dabei sprachen wir uns gegen die Wiederaufnahme der direkten Hilfszahlungen an die palästinensische Au-

tonomiebehörde aus, solange die palästinensische Regierung die Bedingungen des Nahostquartetts nicht öffentlich anerkennt. Dazu gehört der ausdrückliche Verzicht auf Gewalt und die Anerkennung des Existenzrechts Israels.

Gemeinsames Asylsystem

In fünf Berichten über ein gemeinsames Asylsystem für die EU-Mitgliedstaaten forderten wir, dass Asylverfahren in der Europäischen Union künftig vereinheitlicht werden müssen. Angesichts unserer offenen Binnengrenzen ist eine derartige Regelung schon lange überfällig. Außerdem verlangte das EP die Einführung einer Liste so genannter sicherer Drittstaaten, also von Ländern, in denen es keine politische Verfolgung gibt. Asylbewerber, die aus einem sicheren Drittstaat in die EU gelangt sind, können nämlich automatisch, also ohne langwierige Einzelfallprüfungen, in diese Länder zurückgeschickt werden.

Biometrische Daten für Visa

Des Weiteren stimmten wir für die Aufnahme von biometrischen Daten, wie Gesichtsbild und Fingerabdruck, in Aufenthaltsdokumente. So sollen Visa für Nicht-EU-Bürger sicherer und maschinenlesbar gemacht werden.

Ihnen wünsche ich nun eine schöne Ferienzeit! Da meine Ferien erst in vier Wochen beginnen, grüße ich Sie herzlich bis zum nächsten Straßburgbrief im Juli!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de